

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zum Antrag der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann,  
Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/13104 –**

### **Lohndumping im Einzelhandel stoppen – Tarifverträge stärken, Entgelte und Arbeitsbedingungen verbessern**

#### **A. Problem**

Fast drei Millionen Beschäftigte im Einzelhandel seien nach der Kündigung ihrer Entgelt- und Manteltarifverträge durch die Arbeitgeber auf Unterstützung angewiesen. Schon bisher seien die Beschäftigten dieser Branche mit sinkenden durchschnittlichen Stundenlöhnen und einem großen Niedriglohnbereich in einer schwierigen Lage.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern Maßnahmen zur Bekämpfung des Lohndumpings und der Tariffucht im Einzelhandel und anderen Branchen. Dazu sei unverzüglich die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu erleichtern.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/13104 abzulehnen.

Berlin, den 12. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Sabine Zimmermann**  
Vorsitzende

**Gitta Connemann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Gitta Connemann

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/13104** ist in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. April 2013 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Gesetzliche Maßnahmen, die eine Stärkung der Flächentarifverträge und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entgelte zum Ziel haben, sind nach Aussage der Antragsteller nicht nur im Interesse der Beschäftigten im Einzelhandel und anderen Branchen nötig. Es gebe ein gesellschaftliches Interesse, den Lohnsenkungswettbewerb zu stoppen und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Denn während auf Kosten der Beschäftigten im Einzelhandel Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe erwirtschaftet würden und das Vermögen einiger weniger Eigentümerfamilien der Handelsketten wachse, subventioniere die Gesellschaft den Billiglohnsektor durch Steuergelder. Im Gesamtumfang von jährlich 1,5 Mrd. Euro würden im Handel die Löhne durch ergänzendes Arbeitslosengeld II aufgestockt. Drei Viertel der Aufstocker im Handel kämen dabei aus dem Einzelhandel.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** sowie der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** haben den Antrag auf Drucksache 17/13104 in ihren Sitzungen am 5. Juni 2013 beraten und dem Deutschen Bundestag beide mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/13104 in seiner 138. Sitzung am 12. Juni 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, der Antrag enthalte rechtliche Fehler. Schon aus diesem Grund müsse man ihn ablehnen. Darüberhinaus sei die Zahl der Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen seit Jahren rückläufig. Man stimme aber zu, dass eine Anpassung der AVE-Regelungen an die heutigen Gegebenheiten notwendig sei. Daher habe die Koalition eine Überprüfung der AVE-Regelungen veranlasst.

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, dass die Zahl der als allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge und die Tarifbindung seit Jahren abnehme. Die rechtlichen Anforderungen seien mit einem 50-Prozent-Quorum sehr hoch angelegt. Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Antrag sehe die Reform des Tarifvertragssystems vor und unterbreite eine neue Rechtsgrundlage für die AVE, um die Funktionsgrundlage des Tarifvertragssystems praktikabler sicherzustellen. Aber auch die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. seien richtig und würden daher unterstützt.

Die **Fraktion der FDP** lehnte den Antrag auch wegen rechtlicher Bedenken ab. Für die FDP-Fraktion gingen Eingriffe in die Tarifautonomie zu weit, die sogar noch tarifvertragliche Festlegungen überschreiben wollten. Das würde mit dem vorliegenden Antrag geschehen und sei verfassungsrechtlich bedenklich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte die Arbeitssituation im Einzelhandel. Dort stellten die Arbeitgeber im Bewusstsein ihrer Überlegenheit mit der Kündigung des Gehalts- und des Manteltarifvertrages alle Arbeitnehmerrechte in Frage. In diesem Bereich würden ganz überwiegend Frauen beschäftigt. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten liegt bei 38 Prozent. Zusätzlich werde mit Leiharbeits- und Werkverträgen das Lohnniveau weiter abgesenkt. Damit die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen bei den Tarifverhandlungen überhaupt noch eine Chance habe, müsse man die Arbeitnehmerseite stärken. Eine Möglichkeit hier zugunsten der Tarifautonomie einzugreifen, bestehe darin, die Möglichkeiten zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen zu verbessern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies auf die schlechten Arbeitsbedingungen im Einzelhandel hin. Das Werkzeug der Allgemeinverbindlicherklärung funktioniere hier wegen der mangelnden Tarifbindung nicht mehr. Wer die Tarifautonomie unter diesen Bedingungen stärken wolle, müsse etwas unternehmen. Die Forderungen der Fraktion DIE LINKE. seien richtig.

Berlin, den 12. Juni 2013

**Gitta Connemann**  
Berichterstatlerin

